

Antrag

der Abgeordneten Dr. Lothar Maier, Armin-Paulus Hampel, Dr. Roland Hartwig, Petr Bystron, Dr. Anton Friesen, Waldemar Herdt, Paul Viktor Podolay, Udo Theodor Hemmelgarn, Dr. Robby Schlund, Marc Bernhard, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Joana Cotar, Siegbert Droese, Peter Felser, Markus Frohnmaier, Dr. Götz Frömming, Kay Gottschalk, Mariana Iris Harder-Kühnel, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Johannes Huber, Stefan Keuter, Jörn König, Enrico Komning, Dr. Rainer Kraft, Jens Maier, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, Andreas Mrosek, Sebastian Münzenmaier, Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Frank Pasemann, Tobias Matthias Peterka, Stephan Protschka, Martin Reichardt, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, René Springer, Dr. Harald Weyel, Dr. Heiko Wildberg, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Aus dem Einsatz in Afghanistan lernen – Militärmission MINUSMA nicht fortsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das deutsche beziehungsweise europäische militärische Engagement in Mali ist gescheitert. Nach fünf Jahren militärischer Unterstützung durch die Bundeswehr ist entgegen anderslautender Auskünfte der Bundesregierung kein Fortschritt in dem Land erkennbar. Die Sicherheitslage hat sich in dem Zeitraum sogar in einigen Regionen verschlechtert. Vor allem im Norden und im Zentrum Malis kommt es immer wieder zu Anschlägen, bewaffneten Auseinandersetzungen und gewaltsamen Übergriffen.

Der Deutsche Bundestag lobt den unermüdlichen Einsatz der Bundeswehrsoldaten in Mali und erkennt ihre Leistungen ausdrücklich an. Für das Scheitern des militärischen Engagements sind nicht die deutschen Soldaten verantwortlich, sondern die politischen Entscheidungsträger. Die Bundesregierung hat es versäumt, eine belastbare Mali-Strategie zu erarbeiten und hält an ihrem falschen konzeptionellen Ansatz fest. Der Deutsche Bundestag kritisiert, dass für die Militärmission MINUSMA keine konkreten Ziele definiert wurden, sodass eine Erfolgsmessung und ein daran geknüpfter Truppenabzug nicht möglich sind.

Aus dem militärischen Engagement in Mali droht ein mit dem in Afghanistan vergleichbarer Einsatz zu werden, der mit großen Gefahren für unsere Soldaten und mit hohen finanziellen Kosten einhergeht, dessen nachhaltiger Erfolg aber nicht erkennbar ist. Denn der Aufwand, den die Bundeswehr in Mali betreiben muss, steht in keinem

angemessenen Verhältnis zum bisher Erreichten. Zudem werden durch den Einsatz in Mali Kräfte der Bundeswehr gebunden, die wiederum in der Landes- und Bündnisverteidigung fehlen.

Die von der Bundesregierung angestrebte Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an MINUSMA liegt deshalb nicht im deutschen Interesse. Der Deutsche Bundestag lehnt daher eine Verlängerung des Mandates ab.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. das Bundeswehrmandat zu MINUSMA umgehend fristgerecht zu beenden und nicht erneut zu verlängern sowie
 2. nach Abschluss der deutschen Beteiligung an MINUSMA einen Evaluierungsbericht zu erstellen und dem Bundestag schriftlich vorzulegen.

Berlin, den 11. Mai 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Das Ziel von MINUSMA ist die Sicherung des Friedens in Mali, das jedoch nicht operationalisiert wurde. Fehlt die Festlegung von definierten Zeiträumen und Teilzielen, lässt sich weder feststellen, ob das primäre Einsatzziel überhaupt erreicht werden kann, noch ist eine verlässliche Aussage darüber möglich, ab wann der Einsatz als erfolgreich abgeschlossen gilt. Der Einsatz in Afghanistan lässt befürchten, dass auch die Mission in Mali noch Jahrzehnte andauern könnte. Dies bedeutet nicht nur eine finanzielle Belastung der Steuerzahler, sondern auch eine langwierige Bindung militärischer Kräfte.

Erschwerend kommt hinzu, dass die für diesen Einsatz bereitgestellten Ressourcen – nicht nur das militärische Personal, sondern auch die materiellen Mittel – unzureichend sind. Es mangelt vor allem an Hubschraubern und Transportflugzeugen. Diese sind aufgrund der geographischen Lage (kein direkter Zugang zum Meer) und der mangelhaften oder gänzlich fehlenden Infrastruktur (ein in weiten Landesteilen unzureichendes Straßen- und Schienennetz) in Mali unverzichtbar. Die deutsche und die internationale Truppenstärke ist viel zu gering, als dass der Frieden dauerhaft und flächendeckend zu sichern wäre. Um ein Gebiet mit 1,2 Millionen Quadratkilometern und 18,5 Millionen Einwohnern effektiv zu schützen, müssten zehntausende Soldaten und Heeresfliegerkräfte vor Ort sein, um Einsatzverbände gegebenenfalls in Bataillonsstärke geschlossen landesweit luftverlegen und im Kampfeinsatz versorgen zu können.

Die deutsche Bundesregierung lässt keine belastbare Strategie in Mali erkennen. Grundlegende Probleme des Landes werden ausgeklammert oder relativiert. Dabei gibt es in Mali politische, ethnische und religiöse Konflikte, die selbst mit einem vernetzten Ansatz nicht zu lösen sind. Die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen haben keine gemeinsame Identität und bekriegen sich zum Teil schon seit Generationen. Dem Land fehlt zudem eine gefestigte nationalstaatliche Tradition, da seine Gründung auf die Maßgaben der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich zurückgeht, das dabei die ethnischen Gegebenheiten dieses Landes außer Acht ließ.

Darüber hinaus steht Mali vor einer demografischen Katastrophe. Die Bevölkerung hat sich seit 1960 von 5,2 Millionen Einwohner auf 18,5 Millionen (2017) fast vervierfacht. Aktuell beträgt das jährliche Bevölkerungswachstum mehr als drei Prozent. Knapp jeder zweite Malier ist unter 15 Jahre alt (vgl. www.bmz.de/de/laender-regionen/subsahara/mali/index.jsp#section-29922075). Bis zum Jahr 2050 soll die Bevölkerung auf schätzungsweise 60 Millionen Einwohner anwachsen – in einem Land, das bereits jetzt seine Einwohner nicht ausreichend ernähren kann. Die im Vergleich zu den anderen Altersgruppen überproportional große Anzahl junger

Frauen und Männer führt in Mali in Verbindung mit ökonomischer Perspektivlosigkeit vorhersehbar zu Konflikten in und zwischen den verschiedenen Ethnien. Dieses Problem lässt sich durch keine Militärmission beheben. Im Gegensatz dazu wäre eine verstärkte Entwicklungszusammenarbeit theoretisch ein effektiverer Lösungsansatz. Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung ist jedoch auch diese Option nicht nachhaltig realisierbar. Im besten Fall könnte hierdurch nur eine punktuelle und temporäre Entlastung des Bevölkerungsdrucks bewirkt werden.

Hinzu kommen enorme politische Herausforderungen. Zwar ruht derzeit der Konflikt zwischen den Tuareg und der malischen Regierung, doch dafür sind zwei neue Unruheherde entstanden. Zum einen ein ethnisch motivierter Konflikt zwischen Milizen und bestimmten Volksgruppen. Zum anderen ein asymmetrischer Krieg von islamischen Dschihadisten gegen die Regierung. Erstgenannter Konflikt könnte durch die Regierung gelöst werden. Da sie bislang nicht willens ist, alle Bevölkerungsgruppen gleich zu behandeln, ist sie hier Teil des Problems und trägt nicht zu dessen Lösung bei. So wurde das Massaker in Ogossagou, bei dem 2019 Terroristen eines anderen Stammes fast die gesamte Dorfbewölkerung töteten und das Dorf zerstörten, bislang nicht in ernstzunehmendem Maße von den Regierungsbehörden aufgearbeitet. Ähnliches gilt für die zahlreichen Übergriffe auf die Zivilbevölkerung. Insbesondere der Norden Malis wird systematisch von der Regierung in Bamako vernachlässigt. Die Verantwortung für die Sicherheit in der Region wurde von der malischen Regierung faktisch an die Europäer delegiert. Durch das internationale Engagement konnte sie sich selbst von ihrem ureigenen Auftrag, die innere Sicherheit und Befriedung im gesamten Land sicherzustellen, entbinden. Dieses Verhalten der Regierung schürt die ethnischen Konflikte weiter an und stärkt die Dschihadisten. Damit Präsident Keïta seine Reformversprechen einlöst und die Sicherheit sämtlicher Volksgruppen in Mali garantiert, muss das europäische Engagement infrage gestellt werden. Nur auf diesem Wege kann der politische Druck auf die malische Regierung verstärkt werden. Falls dies nicht gelingt, darf auch die Aufspaltung Malis in zwei Staaten kein Tabu sein.

Ein besonderes Augenmerk des internationalen Engagements in Mali liegt auf der Bekämpfung des Islamismus, respektive des bewaffneten Dschihad. Es bleibt jedoch fraglich, inwiefern dieses Problem militärisch gelöst werden kann. Denn die Terroristen setzen gegen Regierungstruppen und unbewaffnete Zivilisten auf Anschläge und Hinterhalte. Gegen diese Art der irregulären Kriegsführung können reguläre Streitkräfte, die sich an humanitäre Grundsätze halten müssen, kaum etwas ausrichten. Dieser Kampf ist unter derzeitigen Gegebenheiten nicht zu gewinnen. Zudem kann die Bundeswehr zwar jederzeit das Ziel von Angriffen werden, darf aber selbst nicht aktiv gegen Terroristen vorgehen, da das Mandat bislang die Teilnahme an Operationen zur Terrorismusbekämpfung nicht vorsieht.

Die Bundesregierung selbst räumt das Scheitern von MINUSMA ein. In ihrem Antrag zur letzten Mandatsverlängerung wird mehrmals auf die „volatile“, „angespannte“ und „fragile“ Sicherheitslage in Mali hingewiesen (vgl. Drucksache 19/8972). Zudem scheint selbst die Bundesregierung von der Stabilisierung des Landes in naher Zukunft nicht überzeugt zu sein, wenn sie feststellt: „Mit der Aufrechterhaltung der Personalobergrenze wird auch für den kommenden Mandatszeitraum die Sicherstellung der Einsatzbereitschaft und Flexibilität unseres Kontingents, auch bei einer Verschlechterung der Sicherheitslage, ermöglicht.“ – siehe Drucksache 19/8972. Die Einsatzkräfte können, so legt es diese Aussage nahe, ihre Einsatzfähigkeit und Flexibilität sicherstellen, nicht aber die Erreichung ihres primären Einsatzziels. Trotz dieser ernüchternden Feststellung strebt die Bundesregierung immer wieder eine Verlängerung des Einsatzes an. Derzeit liegt die Personalobergrenze für MINUSMA bei 1.100 Bundeswehrsoldaten. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die Fortsetzung des Einsatzes werden für den Zeitraum vom 1. Juni 2019 bis 31. Mai 2020 auf rund 313,9 Millionen Euro beziffert (vgl. Drucksache 19/8972). Jene Ressourcen fehlen zwangsläufig an anderer Stelle wie beispielsweise bei der Landes- und Bundesverteidigung.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Fortsetzung von MINUSMA nicht im nationalen Interesse Deutschlands liegt. Der Einsatz muss daher beendet und die deutschen Kräfte unverzüglich zurückgezogen werden.

